

„Wir sprechen von Millionen“

Klimabedingte Flucht ist ein weit unterschätztes Phänomen, sagt der Völkerrechtler Walter Kälin. Als Mitglied der Nansen-Initiative setzt er sich für den Schutz der Betroffenen ein.

Wetterextreme nehmen zu; dadurch verlieren Menschen ihre Lebensgrundlage und werden immer häufiger in die Flucht getrieben. Können Sie abschätzen, mit wie vielen Klimaflüchtlingen wir künftig rechnen müssen?

Nein, das können wir nicht. Aber wir wissen, es werden mehr. Viel wird davon abhängen, wie gut sich die Länder an die Folgen des Klimawandels anpassen und ob sie zum Beispiel besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen rechtzeitig umsiedeln. Auf diese Weise lässt sich die Zahl der Betroffenen deutlich vermindern. Bei Nichtstun müssen wir uns auf große Zahlen einstellen. Bereits heute haben wir im Schnitt 27 Millionen Entwurzelte jedes Jahr aufgrund von Naturkatastrophen. Nicht immer gehen die Ursachen auf den Klimawandel zurück, dazu gehören zum Beispiel auch Erdbebenopfer, außerdem gab es natürlich auch früher schon Überschwemmungen. Trotzdem ist klar: Der Trend klimabedingter Flucht zeigt nach oben – wir sprechen von Millionen.

Solche Fluchtbewegungen gibt es also schon?

Richtig. Wir sehen sie bereits heute. Meiner Ansicht nach hat die Weltgemeinschaft davon noch viel zu wenig Notiz genommen. Wahrscheinlich, weil bisher die meisten Menschen innerhalb ihres Landes fliehen und weil vor allem ärmere Länder betroffen sind.

Wo ist Klimaflucht am stärksten ausgeprägt?

In Afrika, vor allem am Horn von Afrika und in der Sahelzone. Während der Dürre in Somalia in den Jahren 2010 und 2011 zum Beispiel haben fast 300.000 Menschen ihre Heimat verlassen, um vor dem Hungertod zu fliehen. Auch in Mittelamerika versuchen sich Menschen regelmäßig in Nachbarstaaten zu retten, weil Katastrophen sie zur Flucht zwingen. In Asien nehmen die Überschwemmungen zu, Stürme werden zahlreicher und verhee-

render. Auch sie treiben Menschen in die Flucht. Aufs Ganze gesehen, bleiben bisher die meisten dieser Menschen in ihrem Land oder ihrer Region, aber das kann sich ändern.

Sind das auch die Weltgegenden, in denen wir künftig mit dem stärksten Zuwachs an Klimaflüchtlingen rechnen müssen?

Im Prinzip ja, aber das tatsächliche Ausmaß und die regionale Verteilung hängen sehr stark davon ab, ob die Staatengemeinschaft beim Klimagipfel zu einer Einigung kommt. Ob es ihr gelingt, den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase deutlich einzuschränken. Und ob sie genügend Geld bereitstellt, um die Folgen abzumildern. Wenn das gelingt, werden die Zahlen kleiner ausfallen, Fluchtbewegungen beherrschbar bleiben. Wenn nicht, müssen wir uns auf ein stark wachsendes Phänomen einstellen. Umso gespannter blicken wir nach Paris.

Wie könnte, wie müsste den betroffenen Ländern geholfen werden?

Wir müssen in drei Bereiche investieren: Wir müssen erstens alle gefährdeten Gegenden identifizieren und Maßnahmen zur Anpassung ergreifen. Das können der Bau von Deichen oder gezielte Umsiedlungen sein. Das kann aber auch heißen, die bisherige Landwirtschaft umzustellen und zum Beispiel auf salzresistente Pflanzen zu wechseln. Wir müssen zweitens die legale Auswanderung aus solchen Gebieten erleichtern, temporär und permanent. Drittens müssen wir denjenigen, die aus ihrer Heimat fliehen, ausreichend Schutz bieten und zugleich die aufnehmenden Gemeinden unterstützen, weil diese sonst schnell überfordert sind.

Das alles kostet Geld. Welche Rolle spielt hier der Grüne Klimafonds?

Das kostet viele Milliarden. Wie viele genau,



„Die Weltgemeinschaft nimmt noch zu wenig Notiz.“

kann noch niemand sagen. Aber es ist gut investiertes Geld. Insofern spielt der Grüne Klimafonds eine wichtige Rolle, weil er ärmeren Ländern Geld für den Klimaschutz und die Anpassung zur Verfügung stellt. Allerdings ist das Thema Klimaflucht nicht genügend im Mandat des Fonds verankert. Die Nansen-Initiative findet, das sollte sich ändern.

Bisher bewegen sich Klimaflüchtlinge in einer rechtlichen Grauzone. Sie sind von der Genfer Flüchtlingskonvention nicht geschützt. Bräuchte es eine internationale Übereinkunft dazu?

Eigentlich schon, denn sie sind in der Tat völlig rechtlos, aber ich sehe derzeit wenig Chancen dafür. Dafür müsste das Problem international als solches erkannt werden. Das ist im Moment nicht der Fall.

Interview: Friederike Bauer



Zusätzlich in der akzente-App:
die komplette Version des
Interviews mit Walter Kälin
www.giz.de/akzente-app